

Demokratische Republik Kongo (DRC)

Update

Reto Kuster

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spencenkonto
PC 30-1085-7

Bern, 17. September 2007

Angaben zum Autor:

Reto Kuster (Studium der Ethnologie, Medienwissenschaft und Geographie) bereist als Fotograf und Journalist regelmässig den afrikanischen Kontinent und war mehrere Male in der Demokratischen Republik Kongo. Über die Situation vor Ort informierte er sich letztmals während einer mehrmonatigen Reise in die Demokratische Republik Kongo im Frühjahr/Sommer 2007. Für die SFH erarbeitete Reto Kuster bereits im Mai 2004 und im August 2006 ein Update zur Demokratischen Republik Kongo.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@osar.ch
Internet: www.osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Reto Kuster

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 00.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2007  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Situation	1
3	Sicherheitslage	3
4	Justizsystem	4
5	Menschenrechtslage	5
5.1	Ethnische Gruppen	6
5.2	JournalistInnen	6
5.3	MenschenrechtsaktivistInnen und Oppositionelle	7
5.4	Religiöse Gruppen	7
5.5	Frauen / Mädchen	8
5.6	Kinder / Hexenkinder	8
5.7	GewerkschafterInnen	9
6	Sozioökonomische Lage	9

1 Einleitung

Erstmals in der Geschichte der Demokratischen Republik Kongo (DRK) wurde im Oktober 2006 in einer weitgehend freien und fairen Stichwahl von den rund 25 Millionen Stimmberechtigten der Präsident gewählt.¹ Amtsinhaber Joseph Kabila ging dabei als Sieger hervor. Bevölkerung und internationale Gemeinschaft setzten grosse Hoffnungen in die Wahlen, die einen Neubeginn in der tragischen Geschichte des Landes bedeuten sollten.

Ein knappes Jahr später herrscht Ernüchterung: In den östlichen Kivu-Provinzen hat sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert und Zehntausende Zivilisten zu intern Vertriebenen gemacht, ohne dass eine nachhaltige Lösung in Sicht ist. Das Los der Bevölkerung in dem an Bodenschätzen reichen Land hat sich nicht zum Besseren gewendet. Die von der Regierung in den Osten geschickten Truppen und Funktionäre drangsalieren die Bevölkerung. Wer im Osten des Landes mit der Bevölkerung spricht, spürt Ernüchterung und Enttäuschung. Viele KongolesInnen erwähnten in vertraulichen Gesprächen, dass sie Präsident Kabila nicht mehr ihre Stimme geben würden. Der Optimismus, den die KongolesInnen Ende 2006 versprühten, ist verflogen; die harte Alltagsrealität ist wieder eingelehrt.

Grundlagen für dieses Update sind neben eigenen Recherchen in der DRK im Frühjahr/Sommer 2007 auch schriftliche Quellen.²

2 Politische Situation

Beim zweiten Wahlgang am 29. Oktober 2006 siegte Joseph Kabila, der bisherige Amtsinhaber, mit 58 Prozent der Stimmen.³ In der Folge kam es in Kinshasa, wo Kabila kaum Unterstützung geniesst, zu gewaltsamen Ausschreitungen, weil Herausforderer Jean-Pierre Bemba, einstiger Rebellenchef und Vizepräsident in der Übergangsregierung, seine Niederlage zunächst nicht akzeptieren wollte.

Mit der offiziellen Amtseinssetzung Kabilas am 6. Dezember 2006 ging die 2003 begonnene Transitionsphase in der DRK zu Ende. Im Parlament bildeten sich zwei politische Blöcke: Die Präsident Kabila unterstützende und von der Regierungspartei PPRD (*Parti du Peuple pour la reconstruction et la démocratie*) dominierte AMP (*Alliance de la majorité présidentielle*) und die Oppositionsführer Jean-Pierre Bemba nahestehende Oppositionsparteien-Plattform UN (*Union pour la nation*) unter Federführung der MLC (*Mouvement de libération du Congo*).

Ein Blick auf das relativ knappe Wahlergebnis offenbart eine Spaltung des Landes: Joseph Kabila erzielte im Osten und Süden durchwegs Glanzresultate, während im

¹ Wenngleich die UN-Mission in der DRC (Monuc) immer wieder in Kritik gerät, muss erwähnt werden, dass die Wahlen in dem riesigen, unzugänglichen Land nur dank der Logistik der Monuc durchgeführt werden konnte. Deren Helikopter, Flugzeuge, Boote und Fahrzeuge erreichten selbst abgelegenste Dörfer im Regenwald. Auch ein Grossteil der Kosten von einer halben Milliarde Dollar wurde von internationalen Geldgebern finanziert.

² Auf Grund der Grösse des Landes und der dürftigen Kommunikations-Infrastruktur im Landesinneren ist die verfügbare Informationslage über die Geschehnisse lückenhaft.

³ Die orange-weissen Wahlkarten gelten nach wie vor als amtliches Identitätsdokument.

Westen sowie in der nördlichen Provinz Equateur die Stimmberechtigten klar für Jean-Pierre Bemba votierten.⁴ Nach anfänglichem Widerstand akzeptierte Jean-Pierre Bemba seine Niederlage und zog später als Abgeordneter in den Senat ein. Allerdings weigerte er sich aus angeblichen Sicherheitsbedenken, seine 400 bis 600 Mann starke Sicherheitsgarde (*Division de protection présidentielle*, DPP) zu entwaffnen. Im März 2007 kam es deshalb in Kinshasa zu schweren Kämpfen zwischen der Präsidialgarde Kabilas (*Garde républicaine*, GR) und den Sicherheitsleuten Bembas. Rund 300 Menschen – sowohl Sicherheitskräfte als auch Zivilisten – starben dabei. Kabilas Truppen gewannen mit massivem Waffeneinsatz die Oberhand. Bemba flüchtete in die südafrikanische Botschaft, bevor er im April 2007 mit seiner Familie ins Exil nach Portugal ausreiste, was die Opposition in der DRK stark schwächte.⁵

Im Ausland wurden die Wahlen etwas vorschnell als gutes Zeichen für die demokratische Zukunft gewertet, ohne sich dabei die Realität in weiten Teilen des Ostens vor Augen zu halten: Die komplexen Probleme des Landes sind mit Wahlen alleine nicht zu lösen, und ohne eine funktionierende, unabhängige Justiz und eine disziplinierte Armee lässt sich ein demokratischer Kongo nicht aufbauen.

Die politische Situation im Land ist nach wie vor fragil. Im Osten fehlt in grossen Gebieten die staatliche Autorität. Dass Laurent Nkunda, ein ethnischer Tutsi, in Nord-Kivu trotz Militäroperationen der kongolesischen Armee (*Forces Armées de la République Démocratique du Congo*, FARDC) als Warlord herrscht, ist für die Regierung und die FARDC eine Blamage. Unklar ist, inwieweit Ruanda Nkundas Truppen unterstützt. Im September 2007 liess die ruandische Regierung verlauten, dass Laurent Nkundas Kampf – den er als Verteidigung der Tutsi-Minorität im Ost-Kongo darstellt – gerechtfertigt sei.

Ungelöste Grenzfragen im Albertsee, wo auf ugandischer Seite ein kanadischer Konzern nach Erdöl bohrt, führten im August 2007 zu Schiessereien zwischen kongolesischen Truppen und ugandischen Sicherheitskräften. Es ist zu befürchten, dass Erdölprospektionen im Grenzgebiet des Albertsees (Ituri) auch künftig zu Spannungen führen werden. Uganda hat mehrfach gedroht, notfalls wieder in die DRC einzumarschieren, falls bewaffnete Überfälle auf ugandisches Gebiet nicht eingestellt werden.

⁴ Kabilas Wahlspruch lautete «L'artisan de la paix» («der Friedens-Macher»), und im Osten kam diese Botschaft an. Im Westen des Landes, der von den jahrelangen Kämpfen verschont geblieben ist, sieht man Kabila hingegen als einen, der die Armut und die alltäglichen Probleme der Bevölkerung nicht verbessern konnte sowie als einen «Mann des Ostens», da Kabila fliessend Kiswahili und Englisch beherrscht, aber nur mit Mühe Französisch und Lingala spricht. Jean-Pierre Bemba kam in diesem Milieu mit seinem charismatischen Auftreten und seinen Wahlversprechen als Hoffnungsträger gut an.

⁵ Jean-Pierre Bemba besitzt auch die portugiesische Staatsbürgerschaft und besitzt in Faro (Portugal) ein Anwesen. Die vor wenigen Jahren noch grösste kongolesische Opposition, die UDPS von Etienne Tshisekedi, hat sich mit dem Aufruf zum Boykott der Wahlen selbst in die Bedeutungslosigkeit verabschiedet.

3 Sicherheitslage

Obwohl inzwischen die meisten Milizen eingewilligt haben, ihre Truppen in Demobilisierungsprogramme zu schicken beziehungsweise in die nationale kongolesische Armee zu integrieren, sind im Osten des Landes noch mehrere Rebellengruppen aktiv. Insbesondere der desertierte General Laurent Nkunda in Nord-Kivu und die ruandischen Interahamwe (*Forces Démocratiques de Libération du Rwanda*, FDLR) in Süd-Kivu sowie Militäraktionen der FARDC mit Unterstützung der UN-Mission im Kongo (Monuc) sorgen immer wieder für Unsicherheit und Vertreibungen.⁶ Mehr als eine Million intern Vertriebene waren Mitte 2007 in der DRK auf der Flucht, vor allem in den Provinzen Nord-Kivu und Süd-Kivu. In der ersten Hälfte des Jahres 2007 wurden gemäss UN alleine in Nord-Kivu 150'000 neue Vertriebene registriert, der höchste Stand seit drei Jahren.⁷ Rund 100'000 Zivilisten flohen im September 2007 vor den schweren Kämpfen zwischen Nkundas Milizen und kongolesischen Regierungstruppen unweit der Stadt Goma in Nord-Kivu.⁸

Nkundas Milizen sind verantwortlich für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen in Nord-Kivu. Im ländlichen Süd-Kivu kommt es immer wieder zu Massakern, die auf das Konto der FDLR gehen. Militäraktionen der FARDC und Monuc gegen die FDLR sind umstritten, weil sie wenig zu deren Eindämmung beitragen, aber stets viel Leid bei der Zivilbevölkerung und grosse Fluchtbewegungen auslösen.

In Ituri hat sich die Lage etwas beruhigt, aber ausserhalb Bunias kommt es immer wieder zu Gewaltakten. Die Integration zweier Rebellengruppen (*Front des nationalistes et intégrationnistes/ Front de résistance patriotique en Ituri*, FNI-FRPI, sowie *Mouvement révolutionnaire congolais*, MRC) verläuft schleppend.

Generell stellt das grösste Sicherheitsrisiko – selbst im Osten – die kongolesische Armee FARDC dar, auf deren Konto die meisten Übergriffe auf Zivilisten gehen.⁹ Im Eilzugtempo wurden frühere Rebellen in die FARDC «integriert», was zu chaotischen personellen Zuständen und zu untereinander rivalisierenden Truppeneinheiten führte.¹⁰ Die FARDC krankt an mangelnder Besoldung und Ausrüstung sowie an Disziplinlosigkeit und dürftiger Ausbildung der Truppen. Zahlreiche kriminelle Akte wie bewaffnete Überfälle und Morde gehen auf das Konto von Angehörigen der

⁶ Bei der Monuc mehren sich kritische Stimmen gegen die Zusammenarbeit FARDC-Monuc bei militärischen Vorgehen gegen die FDLR, denn solche Militäroperationen führen stets zu Fluchtbewegungen der Bevölkerung und zu Übergriffen und Plünderungen durch Bewaffnete der FARDC. Im Mai 2007 übergab der Erzbischof von Bukavu, Mgr François-Xaver Marois, dem in der Stadt weilenden französischen Botschafter einen offenen Brief, in welchem er die Unfähigkeit der kongolesischen Armee anprangerte, vor einem neuen Krieg warnte und sowohl an die kongolesischen als auch an internationalen Politiker appellierte, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

⁷ OCHA Democratic Republic of Congo – Humanitarian Action Plan 2007, 17.07.07, Quelle: <http://ochaonline3.un.org/humanitarianappeal/webpage.asp?Page=1576>.

⁸ UN News Center: Thousands of displaced Congolese receive food aid but fears persist for others, UN warns, 14.09.07, Quelle: www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=23801&Cr=democratic&Cr1=congo.

⁹ Dies wird auch in einem UN-Bericht festgehalten: La situation des droits de l'homme en République Démocratique du Congo, 07.02.07, Quelle: www.monuc.org/downloads/RDH_6mois_Fr.pdf, sowie in Congo: Consolidating the Peace, Crisis Group Africa Report 128, 05.07.07, Quelle: www.crisisgroup.org.

¹⁰ Geistertruppen, die nur auf dem Papier bestehen, sowie Einheiten, die im Verteidigungsministerium in Kishasa nicht verzeichnet sind, sind nicht selten. Nach wie vor versickern in Kinshasa Gelder, welche Truppeneinheiten im Osten als Sold erhalten sollten.

FARDC.¹¹ Eine tiefgreifende Reform im Sicherheitssektor ist nötig, um die Zivilbevölkerung vor Übergriffen durch die eigene Armee zu schützen.

In der Provinz Katanga hat sich die Sicherheitslage verbessert; allerdings sind weite Teile Katangas so unzugänglich, dass kaum unabhängige Nachrichten aus dem Gebiet erhältlich sind. Das gleiche gilt für die Provinz Equateur, der Heimbasis des Oppositionspolitikers Jean-Pierre Bemba.

In Kinshasa ist Kriminalität ein ungelöstes Problem, das durch die Zirkulation vieler Kleinwaffen begünstigt wird. Zudem operiert die 12'000 Mann starke Präsidentengarde Kabilas mit uneingeschränkter Macht und im Dunstkreis völliger Straflosigkeit.

4 Justizsystem

Nach wie vor krankt das Justizsystem in der DRK unter einer institutionellen Schwäche, die durch nur wenige genügend ausgebildete Juristen, durch geringe Löhne der Justizbeamten, fehlende Infrastruktur und demotiviertes Personal gekennzeichnet ist. Lediglich zwischen zwei und sechs Prozent des Staatsbudgets werden in die Justiz investiert.¹² Arbeitsbedingungen für Justizbeamte sind prekär: Finanzen fehlen für Schreibutensilien, Transportspesen bei Ermittlungen, aber auch für Löhne. Bei Unruhen und Plünderungen kommt es immer wieder vor, dass Dokumente aus Büros und Gerichten in Flammen aufgehen.

Von einer unabhängigen Justiz kann in der DRK nicht die Rede sein. Wer in der DRK in die Mühlen der Justiz gerät oder willkürlich verhaftet wird, kann keinen fairen Prozess erwarten. Die in der DRK weit verbreitete und längst zum Alltag gewordene Korruption hat zur Folge, dass Richter und andere Justizbeamte bestechlich sind und selbst bei kleinen Disputen auf Dorfebene diejenige Partei gewinnt, welche Mittel besitzt, um die Richter zu «*faciliter*».¹³ Neben finanziellen Ressourcen hängt der Ausgang von Verfahren oft auch davon ab, ob eine Partei über einflussreiche Netzwerke in Armee und Politik verfügt.¹⁴ In solchen Fällen ist es für Richter gefährlich, unparteiische Urteile zu fällen. Einmischung von Armee-Angehörigen in Prozesse ist gängig, obwohl Artikel 151 der neuen Verfassung dies ausdrücklich untersagt. Oft ist

¹¹ So wurden etwa im November 2006 auf dem Gelände einer FARDC-Einheit im Distrikt Ituri drei Massengräber mit Leichen von 30 Personen entdeckt, die Wochen zuvor verschwunden waren. UN finds mass graves in DR Congo, 24.11.06, Quelle: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6180004.stm>. In Städten wie Beni, Butembo, Goma (Nord-Kivu) und Bukavu (Süd-Kivu) kam es 2007 gehäuft zu bewaffneten Überfällen und regelrechten Hinrichtungen, bei denen meist in Uniformen der FARDC gekleidete Männer beteiligt waren.

¹² United Nations Human Rights Council: Report of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers, Preliminary note on the mission in the Democratic Republic of the Congo, 24.05.07, Quelle: www.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/4session/A.HRC.4.25.Add.3.pdf.

¹³ Beunruhigend ist auch die Tatsache, dass in der DRK das Justizsystem derart korrupt ist, dass es für einflussreiche Geschäftsleute einfach ist, Widersacher willkürlich anzuklagen und so aus dem Verkehr ziehen. Auch der in Fussnote 12 erwähnte ein UN-Expertenbericht beschreibt die verbreitete Korruption bei Richtern und Justizbeamten. Mit dem Zerfall des Justizsystems geht eine zunehmende Vertrauenskrise einher, und Selbstjustiz ist weit verbreitet.

¹⁴ Symptomatisch für den Zustand des Justizsystems und den Einfluss von Armee und einflussreichen Individuen auf Prozessverlauf und –ausgang ist der Prozess um die Vorfälle in der Mine Kilwa: The Kilwa Trial: a denial of justice. A Chronology October 2004-July 2007, 17.07.07, Quelle: www.globalwitness.org/media_library_get.php/463/kilwa_chron_en_170707.pdf.

auch die Trennung zwischen Zivil- und Militärgerichten beziehungsweise Zivil- und Militärprozessen nicht gewährleistet.

Gleichzeitig gräbt sich immer tiefer eine Kultur der Straflosigkeit in die gesellschaftliche Struktur der DRK. Die Kriegsverbrechen der letzten Jahre durch diverse Milizen, Armeen und andere Sicherheitsdienste sind nach wie vor nicht aufgearbeitet, aber auch Übergriffe im Westen des Landes durch Polizei, Armee und Geheimdienst geschehen meist in totaler Straflosigkeit.¹⁵

Bezeichnend für das Justizsystem der DRK ist, dass bei schweren Fällen wie Morden (besonders, wenn staatliche Sicherheitsorgane darin verwickelt sind) in der Regel Nachforschungen entweder gar nicht oder nur schleppend vorankommen oder aber dass – etwa auf Druck der Regierung – allzusehr angebliche Täter präsentiert werden (um z.B. mächtige Hintermänner aus der Armee zu schützen), ohne international gängige Verfahren zu respektieren.¹⁶

Haftbedingungen in der DRK sind lebensbedrohlich. Viele Gefängnisse stammen noch aus der belgischen Kolonialzeit. Überbelegung unter miserablen hygienischen Verhältnissen, Mangelernährung, Krankheiten sowie Gewalt unter Häftlingen führen immer wieder zu Todesfällen. Im grössten Gefängnis des Landes, dem *Centre Pénitentiaire et Rééducation de Kinshasa*, sassen im Mai 2007 rund 3000 Häftlinge ein, doppelt so viele wie für diese Anstalt vorgesehen. Im Gefängnis von Bunia, das für 102 Häftlinge ausgelegt ist, sassen im Februar 2007 mehr als 700 Personen ein.¹⁷ Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte kritisierte im Mai 2007 die katastrophalen Zustände in den Gefängnissen der DRK. Immer wieder kommt es zu Massenausbrüchen, teils als Folge von Revolten, teils unter Komplizenschaft des Wachpersonals. Im August 2007 gelang 114 Häftlingen im Gefängnis von Uvira (Süd-Kivu) der Ausbruch.¹⁸

5 Menschenrechtslage

Armee, Polizei, Geheimdienste und Milizen machen sich noch immer schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig, ohne dafür belangt zu werden. Mit der zuneh-

¹⁵ Problematisch ist in juristischem Sinn auch, dass Milizenführer mit Regierungsposten «belohnt» werden, wenn sie dem bewaffneten Kampf abschwören; die Transitionsphase beruhte auf dem «Erkaufen» des Friedens von den Rebellenchefs, dies auf Kosten von Gerechtigkeit für die begangenen Menschenrechtsverletzungen. Thomas Lubanga ist der einzige Rebellenführer, der in Den Haag einsitzt und sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten muss. So lobenswert das Engagement des ICC in dieser Hinsicht grundsätzlich ist, so schwierig wird es sein, zu verhindern, dass an Thomas Lubanga ein Exempel statuiert wird, während andere Milizenführer, die schwere Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben, statt hinter Gittern auf einem Ministerstuhl landen.

¹⁶ Beispielsweise standen nach der Ermordung des Radio-Okapi-Journalisten Serge Maheshe in Bukavu im Juli 2007 die kongolesischen Behörden unter Druck der UN, die Mörder zu fassen. Bereits am nächsten Tag präsentierten die Behörden «Erfolge» in Form angeblicher Täter. Wenig später wurden vier Zivilisten von einem Militärgericht im Schnellverfahren als Mörder des Journalisten zum Tode verurteilt. Die beiden von Zeugen schwer belasteten Armeeangehörigen hingegen kamen auf freien Fuss.

¹⁷ IRIN: DRC: Prisoners endure appalling conditions, 13.02.07, Quelle: www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=70136.

¹⁸ IRIN: DRC: Starving detainees escape South Kivu prison, 06.08.07, Quelle: www.irinnews.org/report.aspx?ReportId=73594.

menden Enttäuschung vieler Wähler über die Regierung Kabilas und dessen schwindender Popularität ist zu erwarten, dass sich die Regierung verstärkt auf repressive Massnahmen stützen wird, insbesondere gegen Oppositionelle. Gespannt ist die Lage in Kinshasa, einer Hochburg der Opposition, wo gleichzeitig eine massive Konzentration von Armee, Polizei und Präsidentengarde Kabilas stationiert ist.

5.1 Ethnische Gruppen

Ressentiments gegen ethnische Tutsi/Bayamulenge sind latent verbreitet und flammen immer wieder auf. Dies manifestierte sich etwa im August 2007, als die UN Vertriebene nach Moba (Katanga) repatriieren wollte und sich die Bevölkerung dagegen stellte.¹⁹ Auch in anderen Gegenden des Landes nehmen Hassreden, ethnische Aufwiegelungen und ethnisch motivierte Gewaltakte zu.²⁰ Da die beiden grössten Konfliktherde im Osten – Nkundas Milizen sowie die FDLR – eng mit der konfliktiven ethnischen Frage der Tutsi und Hutu in der DRK verbunden sind, wird Verfolgung auf Grund ethnischer Zugehörigkeit für Tutsi und Hutu in der DRK weitergehen.

Besonders in Kinshasa gelten Personen, die aus der Provinz Equateur stammen, als Anhänger der Opposition. Während den Unruhen in Kinshasa im November 2006 und im März 2007 wurden mehrere Personen aus Equateur festgenommen.

5.2 JournalistInnen

In Kinshasa herrscht vordergründig zwar eine grosse Vielfalt von privaten Zeitungen, Radio- und TV-Stationen. Investigative Medienschaffende (die teilweise für Medien arbeiten, welche Oppositionsführer Bemba gehören²¹), welche Korruption aufdecken, Angehörige von Armee oder der Regierungspartei kritisieren oder angeblich mit der Opposition sympathisieren, leben allerdings riskant: Anonyme Todesdrohungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren sind für kongolesische JournalistInnen nach wie vor Realität. Dabei wird ihnen meist vorgeworfen, «unpatriotisch» zu handeln und «Respekt gegenüber den Autoritäten» vermissen zu lassen. Zahlreiche jüngste Fälle von Morddrohungen und Übergriffen sind dokumentiert.²² Selbst William Swing, der Chef der UN-Mission in der DRK, zeigte sich im Juni 2007 besorgt über die Übergriffe auf Journalisten und forderte Massnahmen zum Schutz von Medienschaffenden.

Im Juli 2007 wurde der bekannte Radiojournalist Serge Maheshe in Bukavu (Süd-Kivu), der für das UN-Radio Okapi arbeitete, auf offener Strasse erschossen. Da keine Wertsachen gestohlen wurden, ist davon auszugehen, dass der Mord die Folge unbequemer Berichterstattung über die Verfehlungen der kongolesischen Armee

¹⁹ Dabei entlud sich auch Ressentiments gegenüber der UN. Installationen und Mitarbeiter der Monuc in Moba wurden Ziel von Angriffen, und die Monuc musste ihr Personal vorübergehend abziehen. Auch andernorts kommt es zunehmend zu Protesten und Übergriffen gegen die mittlerweile unpopuläre Monuc.

²⁰ Monuc: Monuc concerned about the incitement of inter-communitarian hatred in DRC, 03.08.07, Quelle: www.monuc.org/News.aspx?newsID=15115.

²¹ Am 21. März 2007 wurden die technischen Anlagen von Bembas TV- und Radio-Stationen in Kinshasa gekappt, mehrere JournalistInnen festgenommen, andere versteckten sich.

²² Reporters Without Borders: «Exasperation» over serious threats to partner organisation in Kinshasa, 11.09.07, Quelle: www.rsf.org/article.php3?id_article=23612, für JED: www.jed-congo.org.

im Osten des Landes war. Ein anderer Journalist von Radio Okapi musste von der UN nach Kinshasa evakuiert werden, nachdem ihn im Anschluss an eine Sendung, die er in der Provinz West-Kasai moderierte, die Provinzregierung telefonisch bedrohte. Im August 2007 wurde in Goma (Nord-Kivu) ein Fotograf der kongolesischen Nachrichtenagentur ACP von Unbekannten erschossen.²³ Einer Journalistin des staatlichen Fernsehsenders wurde im Juni in Kinshasa von Männern in Polizeiuniform vor ihrem Haus in die Beine geschossen.

Im Februar 2007 wurde im Westen des Landes ein Journalist zu drei Monaten Haft verurteilt, der über Korruption im öffentlichen Dienst und bei der Justiz recherchiert hatte.²⁴ In Beni (Nord-Kivu) wurde Anfang 2007 in einem ähnlichen Fall ein Gerichtsverfahren gegen einen Journalisten eröffnet, der über illegale Steuern und Korruption im Justizsystem geschrieben hatte.

5.3 MenschenrechtsaktivistInnen und Oppositionelle

Während der Wahlkampagnen 2006 stellte die UN eine Zunahme der Übergriffe durch staatliche Organe wie den Inlandgeheimdienst (*Agence Nationale des Renseignements*, ANR), Polizei (*Police Nationale Congolaise*, PNC), die Präsidentengarde Kabilas (*Garde Républicaine*, GR) sowie durch Bembas Sicherheitsdienst (*Division de Protection Présidentielle*, DPP) fest. Massive Menschenrechtsverletzungen (Ermordungen, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahmen) geschahen in einem Umfeld von Straflosigkeit.

Immer wieder werden tatsächlich oder vermeintlich politisch Aktive von Angehörigen staatlicher Sicherheitsdienste verschleppt, ohne Anklage festgehalten und dabei gefoltert. Zahlreiche solcher Fälle sind dokumentiert.²⁵

Nach dem Wahlsieg verschärfte sich der Umgang der Regierung mit Oppositionellen. Die repressive Vorgehensweise gerade in Kinshasa hängt wohl auch mit der Paranoia der Regierung in der Hauptstadt²⁶ – einer Hochburg der Opposition von Bamba – zusammen. Während den Unruhen im März 2007 in Kinshasa und im Februar 2007 in Bas-Congo kamen zahlreiche Oppositionelle ums Leben.

5.4 Religiöse Gruppen

Religiöse Gruppen können in der DRK ihren Glauben frei praktizieren, solange sie sich nicht politisch betätigen. Die in der westlichen Provinz Bas-Congo aktive, oft militante politisch-religiöse Bewegung Bundu dia Kongo (BDK) verbreitet seit Jahren Brandreden gegen ethnische Nicht-Bakongo.

Zu schweren Zusammenstößen kam es im Februar 2007 in mehreren Städten in Bas-Congo, als Anhänger von Bundu dia Kongo zu massiven Protesten gegen die

²³ Reporters Without Borders: News photographer shot dead near home in eastern city of Goma, 10.08.07, Quelle: www.rsf.org/article.php3?id_article=23252.

²⁴ Reporters Without Borders: Three-months jail sentence for journalist who accused tax official of corruption, 28.02.07, Quelle: www.rsf.org/article.php3?id_article=21132.

²⁵ Für Detailinformationen zu einzelnen Fällen siehe www.societecivile.cd.

²⁶ Kabila erhielt im ersten Wahlgang in Kinshasa nur 14 Prozent der Stimmen.

nach ihrer Ansicht von der Regierung gefälschten Gouverneurswahlen in der Provinz aufrief und plündernd durch Städte wie Moanda zogen.²⁷ Bei dem massivem Polizei- und Armee-Einsatz kamen über 100 Zivilisten ums Leben.

5.5 Frauen / Mädchen

Die Lage für Frauen und Mädchen im Osten des Landes, insbesondere in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu, ist nach wie vor prekär. In ländlichen Gebieten überfallen regelmässig Bewaffnete Dörfer und verschleppen dabei Frauen und Mädchen, die in den Milizen-Lagern oft über Tage und Wochen grausam vergewaltigt und mit Gegenständen im Genitalbereich verletzt werden. Gleichzeitig müssen Mädchen und Frauen stets damit rechnen, bei der Feldarbeit vergewaltigt zu werden. Ein im Juni 2007 von der UN veröffentlichter Report²⁸ zeigt auch auf, dass ein Grossteil der Übergriffe auf das Konto der FARDC geht. Täter gehen in den meisten Fällen straf-frei aus.

Die Dunkelziffer vergewaltigter Frauen und Mädchen ist sehr hoch, da Opfer sich schämen, unter gesellschaftlichem Druck stehen und Angst vor sozialer Isolation haben. Das fehlende Vertrauen in das Justizsystem und die Angst vor Repressalien sind derart gross, dass die meisten Opfer schweigen.

5.6 Kinder / Hexenkinder

Die Problematik der Kindersoldaten hat sich generell verbessert – teils dank der Demobilisierung ehemaliger Rebellen, teils deshalb, weil weniger Milizen noch aktiv sind. Noch immer befinden sich aber bei allen aktiven bewaffneten Gruppen – inklusive der nationalen Armee FARDC – Kämpfer unter 18 Jahren. Im April 2007 wurden in der Provinz Equateur 201 Minderjährige aus den Rängen der *Division de protection présidentielle* von Jean-Pierre Bemba demobilisiert. Auch gibt es Hinweise, dass der Warlord Laurent Nkunda in Nord-Kivu Minderjährige rekrutiert. Recherchen zu diesem Thema sind riskant: Im Juli 2006 wurde ein kongolesischer NGO-Vertreter, der sich für die Demobilisierung von Kindersoldaten einsetzte, umgebracht.²⁹ Im März 2007 widersetzte sich ein Kommandant der FARDC im Kivu gewaltsam der Demobilisierung von Kindersoldaten in seiner Truppe.

Immer wieder werden in Kinshasa Strassenkinder von der Polizei festgenommen. Im September 2006 wurden rund 800 Strassenkinder, genannt «shégués», ins Polizei-Hauptquartier von Kinshasa gebracht, nachdem sich viele von ihnen Demonstrationen für den Präsidentschaftskandidaten Bemba angeschlossen hatten.³⁰ Auf Druck der UN wurden die Kinder wenige Tage später freigelassen.

²⁷ Bundu dia Kongo unterstützten den Oppositionspolitiker Jean-Pierre Bemba, überraschend jedoch gewann knapp das Bündnis von Kabila. Vorwürfe von Stimmenkauf und Wahlfälschung waren deshalb naheliegend.

²⁸ UN Report of the Secretary-General on children and armed conflict in the Democratic Republic of the Congo, 28.07.07, Quelle: www.un.org/Docs/sc/.

²⁹ UN Report of the Secretary-General on children and armed conflict in the Democratic Republic of the Congo, 28.07.07, Quelle: www.un.org/Docs/sc/.

³⁰ UN Report of the independent expert on the situation of human rights in the Democratic Republic of the Congo, 21.02.07, Quelle: www.un.org/Docs/sc/.

Eine Folge der wirtschaftlichen und sozialen Misere ist der Boom von Sekten und selbsternannten Predigern, die mitverantwortlich dafür sind, dass auf Kinder die Schuld für familiäre Probleme geladen wird und diese als «Hexenkinder» schwer misshandelt, zu «Geständnissen» gezwungen und teilweise getötet werden.

5.7 GewerkschafterInnen

Zwar wurden 2007 kaum Fälle von Übergriffen auf kongolesischer GewerkschafterInnen bekannt, doch ist es für GewerkschafterInnen riskant, Demonstrationen zu veranstalten. Kürzliche Streiks von Lehrern, Ärzten und Richtern in verschiedenen Regionen des Landes verliefen friedlich. Vergleichsweise wenige KongolesInnen (auch nur wenige Minenarbeiter) sind jedoch gewerkschaftlich organisiert.

6 Sozioökonomische Lage

Das enorme wirtschaftliche Potenzial des Landes, das vor allem in Rohstoffen gründet, dient weiterhin nicht dem Wohl der Bevölkerung, sondern der Bereicherung einer kleinen politischen und wirtschaftlichen Elite, die sich längst mit den gegenwärtigen Strukturen des Landes arrangiert hat und daraus Profit schlägt.³¹ Fragile staatliche Strukturen und korrupte Funktionäre – oft unter Einbezug und dem Schutz von hohem Militärs – machen es möglich, dass im Osten Gold und Diamanten nach Uganda und Ruanda und in Katanga Tonnen von Rohstoffen wie Kupfer nach Sambia geschmuggelt werden, wo vor allem der Rohstoffhunger Chinas eine grosse Nachfrage kreiert.³²

Mit Unterstützung der Weltbank werden wichtige Verbindungsstrassen rehabilitiert. Der dadurch zunehmende Warentransport per Lastwagen hat gleichzeitig zur Folge, dass illegale Strassensperren (wo diverse erfundene «Steuern» und «Abgaben» fällig werden) und willkürliche Schikanen von Beamten und Uniformierten florieren.³³ Dort, wo Strassen und Brücken wieder Handel und freie Personenzirkulation erleichtern würden, werden diese technischen Fortschritte durch die Willkür bei Strassensperren gemindert.³⁴

Für die meisten KongolesInnen ist der informelle Sektor die einzige Möglichkeit, das tägliche Überleben zu sichern. Besonders in Städten wie Kinshasa und Kisangani ist das Preisniveau für Grundnahrungsmittel hoch. Verbreitet ist vor allem in urbanen

³¹ Besonders lukrativ ist die Kontrolle von Grenzübergängen sowie von Flughäfen. Diese Einnahmen werden nicht an die Zentralregierung in Kinshasa abgeliefert, sondern fliessen in die Taschen lokaler Offiziere.

³² Die Weltmarktpreise für Kupfer und Kobalt sind 2006 und 2007 weiter gestiegen, was den Minengesellschaften im Süden der DRK guten Absatz bescherte.

³³ Der Fahrer eines Kleinlastwagens von Beni nach Mambasa (eine Tagesfahrt) beispielsweise muss mit illegal erhobenen Gebühren von rund 100 Dollar rechnen. Auch Fussgänger werden bei den Strassensperren schikaniert und dürfen erst gegen Bezahlung von kleinen Beträgen oder Naturalien passieren.

³⁴ So gelangen etwa Nahrungsmittel aus dem Kivu, dem einstigen Brotkorb des Landes, nur mehr stark verteuert in andere Gegenden des Landes, und Kleinbauern können ihre Überschüsse kaum mehr gewinnbringend auf entlegenen Märkten verkaufen. Auf Grund der schlechten Strassen und der allgegenwärtigen Schikanen greifen immer mehr (Gross-)Händler auf das Flugzeug als Transportmittel zurück, etwa für Palmöl aus Kisangani in den Kivu.

Regionen ein Rückgriff auf Subsistenz: Wegen der verbreiteten Arbeitslosigkeit und den hohen Kosten für Grundnahrungsmittel bestellen selbst Akademiker ein eigenes Feld, damit die Familie die Versorgung mit Maniok, Bananen und ähnlichem gewährleisten kann.

Die von Klientelismus geprägten Rekrutierungen im öffentlichen Dienst, die unter akutem Geldmangel leidenden Universitäten und eine kaum vorhandene formale Privatwirtschaft bewirken, dass viele Studienabgänger selbst mit guten Zeugnissen keine Stelle finden. Verbunden mit dem Traum vieler Jungen, mit Gold oder anderen Rohstoffen eine finanzielle Basis zu schaffen, nimmt die Attraktivität von Bildung besonders in Regionen mit Bodenschätzen ab.

Medizinische Versorgung ist in abgelegenen Gebieten schwierig bis unmöglich. Als Folge der schlechten Transport-Infrastruktur erreichen viele Kranke erst Spitäler und Gesundheitszentren, wenn es bereits zu spät ist. Selbst einfachste Medikamente sind oft kaum erhältlich oder aber unerschwinglich, und in Gesundheitszentren fehlt es an grundlegendsten Medikamenten und Geräten.